

in welchen Bereichen sich die Kirche durch eigene Einrichtungen stärker engagieren sollte, ergibt sich fast uneingeschränkte Unterstützung für Kindergärten und Altenheime, während die Unterstützung für die Errichtung neuer kirchlicher bzw. konfessioneller Schulen im Schnitt deutlich schwächer ausfällt.

Eigens abgefragt wurden in allen in die Untersuchung einbezogenen Ländern die Erwartungen an die *katholische Kirche*. Im Durchschnitt der zehn Länder trauten dabei 58 Prozent der Befragten der Kirche eine Antwort auf Fragen nach dem Sinn des Lebens, 46 Prozent bei moralischen Problemen des einzelnen und 27 Prozent zu aktuellen sozialen Problemen des jeweiligen Landes zu. Äußern soll sich die Kirche nach Meinung von 54 Prozent zu den wachsenden sozialen Differenzen; nur 29 bzw. 32 Prozent bejahen demgegenüber kirchliche Äußerungen zur jeweiligen Regierungspolitik oder zu Stil und Inhalt der Medien. Resümierend heißt es, mit wenigen Ausnahmen würden die Kirchen und werde die katholische Kirche von den Gesellschaften der Reformländer geschätzt; das bedeute aber keine „bedingungslose Annahme, auch nicht eine ungeteilte, restlos über die gesamte Gesellschaft ziehende Zustimmung“ (Zulehner, 128).

„In der Mehrheit der Länder Ost(Mittel)Europas überwiegt deutlich die Meinung, daß es mit der Religion aufwärts geht“ (Zulehner, 55). Die Mehrheiten, die für die kommenden zehn Jahre einen religiösen Aufschwung erwarten, sind der Untersuchung zufolge größer als jene, die bereits für das Jahrzehnt seit der „Wende“ einen solchen Aufschwung festgestellt haben.

Damit ist allerdings noch nicht sehr viel darüber gesagt, wie sich die Dinge in den kommenden Jahren in den einzelnen Reformländern wirklich entwickeln werden. Sicher ist nur, daß sich die verschiedenen christlichen Kirchen unter den Bedingungen der neuen Freiheit nicht nur institutionell fest etabliert haben, sondern auch religiös prägende Kräfte für ihre Gesellschaften darstellen – natürlich in sehr unterschiedlichen Spielarten und Intensitätsgraden. Gleichzeitig ist festzuhalten: „Ob sich nach dem Wiederaufleben von Religion und Kirche wieder Prozesse der Entkirchlichung durchsetzen, ob diese Prozesse mit einem Rückgang an individueller Religiosität verbunden sind, ob es mit zunehmender Modernisierung zu einer Individualisierung auf religiösem Feld kommt oder ob Religion und Kirche stärker als in Westeuropa miteinander verbunden bleiben, läßt sich jetzt noch nicht eindeutig abschätzen“ (Pollack, 49).

Im Herbst dieses Jahres treffen sich in Rom Bischöfe aus allen Teilen Europas zu einer Sonderversammlung der Bischofssynode, um gemeinsam über Situation und Perspektiven der katholischen Kirche und des christlichen Glaubens in Europa zu beraten. Die erste Sonderversammlung für Europa fand Ende 1991 statt und stand noch ganz unter dem Eindruck der „Wende“. Bei ihrem bevorstehenden zweiten Treffen in diesem Rahmen können die Bischöfe jetzt auf zehn Jahre europäischer kirchlich-religiöser Entwicklung in Ost wie West zurückblicken. Sie werden dabei die nüchternen Daten und Fakten der Religions- und Kirchensoziologie nicht außer acht lassen können.

Ulrich Ruh

Stabilität und Krisensymptome

Politische und kirchliche Entwicklungen in China

Von der asiatischen Wirtschaftskrise ist die Volksrepublik China bisher nur am Rande betroffen; die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei scheint ungeachtet oppositioneller Regungen nicht gefährdet. Die chinesische Religionspolitik setzt nach wie vor auf eine umfassende staatliche Kontrolle religiöser Aktivitäten. Die christlichen Kirchen wachsen, haben aber mit inneren Spannungen zu kämpfen.

Verglichen mit Rußland erscheint die VR China als ein politisch stabiles Land, unter der Führung der Kommunistischen Partei und mit *Jiang Zemin*, der als Staatspräsident, Generalsekretär der Kommunistischen Partei und Vorsitzender des Militärausschusses die wichtigsten politischen Ämter in seiner Person vereinigt. Jiang hat trotz lange anhaltender Skepsis, ob er wirklich seinen Ämtern gewachsen sei, sich in China wie im

Ausland Respekt verschafft. Ihm fehlt zwar das Charisma, über das *Mao Zedong* und auch *Deng Xiaoping* verfügten, aber er hat es verstanden, durch Stetigkeit und Verlässlichkeit die Periode des Übergangs nach Deng zu meistern und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bisher jedenfalls auf Kurs zu halten. Auch in der Personalpolitik hat er Geschick bewiesen und nach dem Abtreten des umstrittenen *Li Peng* in *Zhu Rongji*

einen allseits als kompetent angesehenen Nachfolger für das Amt des Ministerpräsidenten gefunden. Als „Zentrum der Partei“, so die offizielle Beschreibung seiner Stellung, verfügt Jiang nicht über uneingeschränkte Macht, hat aber bisher auch keinen Rivalen, der ihn ernsthaft gefährden könnte. Erstaunlich ist, daß die vorherrschende Stellung der Kommunistischen Partei trotz ihrer offensichtlichen ideologischen Schwäche und fehlenden Ausstrahlungskraft immer noch weitgehend unangefochten ist. Die wenigen Oppositionskräfte, die von der demokratischen Bewegung zur Zeit der Tiananmen-Ereignisse von 1989 verblieben sind, gelangen zwar immer wieder in die Schlagzeilen, wenn es Verhaftungen oder andere Repressalien seitens der Staatsgewalt gegen sie gibt, haben aber kaum ernsthaften politischen Einfluß.

Härte der Regierung und ideologische Leere

Immerhin hat es in den letzten Monaten Versuche einzelner Dissidentengruppen gegeben, sich als politische Parteien offiziell registrieren zu lassen. Anträge auf Parteiengründung wurden in Wuhan, Shenyang, Shanghai und Beijing gestellt. Die Behörden reagierten in allen Fällen negativ, gingen aber über die Ablehnung der Anträge hinaus nicht immer persönlich gegen die Antragsteller vor.

Gestärkt fühlen sich die Dissidenten jedoch durch Chinas Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention über bürgerliche und politische Rechte im Oktober 1998. Darin wird ausdrücklich die Rede- und Versammlungsfreiheit festgeschrieben. Anfang Dezember 1998 haben fast 200 Sympathisanten der Oppositionsbewegung aus mehreren Provinzen in einem offenen Brief gegen die Verhaftung von vier Dissidenten protestiert und ihre sofortige Freilassung verlangt. Es war das erste Mal, daß eine Protestaktion gegen Maßnahme der Sicherheitsbehörden öffentlich bekannt wurde. Schließlich hat China die Menschenrechtskonvention nur unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert, was natürlich für die Verbindlichkeit von großer Bedeutung ist.

Neue Gesetze, die Ende Oktober 1998, also nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung der Konvention, verkündet wurden, schränken die Möglichkeiten von gesellschaftlichen Gruppen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) stark ein. Auch wenn die Regierung anerkennt, daß einige von ihnen positive Arbeit in der Gesellschaft leisten, werden ihnen doch enge Grenzen gesetzt, damit der „soziale Friede“ nicht gestört werde. Hier zeigt sich deutlich die Auffassung der chinesischen Regierung, daß anerkannte Menschenrechte durch positive Gesetze aufgehoben oder zumindest stark eingeschränkt werden können, ohne daß solche Maßnahmen die grundsätzliche Anerkennung dieser Rechte in den Augen von Regierung und Partei berühren.

Nach einigen Wochen hatten Regierung und Sicherheitsapparat sich von der Überraschung über die versuchten Parteigründun-

gen erholt und die offizielle Antwort darauf abgestimmt. Die Gründer der „Demokratischen Partei Chinas“, *Ren Wanding* und *Xu Wenli* aus Beijing, wurden verhaftet und ihnen wurde der Prozeß gemacht. Dabei wurden die Rechte der Angeklagten stark eingeschränkt und ihnen so gut wie keine Möglichkeit gegeben, ihre Motive darzulegen. Es gab einen kurzen Prozeß, in den sie wegen „Subversion“ und „Versuch des Umsturzes der Staatsgewalt“ mit mehrjährigen Haftstrafen belegt wurden. Die Härte des Regimes, gepaart mit großer Unsicherheit, zeigte sich auch in der Verurteilung des Regimekritikers *Zhang Shanguang* zu zehn Jahren Gefängnis, der in Huaihua in der Hunan-Provinz wegen eines Radiointerviews mit dem Sender „Free Asia“ über Proteste chinesischer Bauern gegen die Regierung berichtet hatte. Offiziell wurde die Verurteilung mit einem Gesetz begründet, daß die Weitergabe von Informationen an Ausländer unter Strafe stellt. Da dieselben Nachrichten auch in den offiziellen Medien verbreitet worden und damit jedem zugänglich waren, verliert die Urteilsbegründung jede Berechtigung und erweist sich das Vorgehen als Repressions- und Abschreckungsmaßnahme der Regierung. Es wird angenommen, daß diese drakonischen Maßnahmen gegen die Parteigründer von höchster Stelle, die Rede ist von Jiang Zemin, angeordnet worden seien, um jeden Versuch, neben der kommunistischen Partei eine andere politische Partei zu etablieren, im Keime zu ersticken.

Die staatlichen Wirtschaftsbetriebe sind unrentabel

Vom Ausbruch der *Wirtschaftskrise in Ost- und Südostasien* im Winter des Jahres 1997 war die VR China nicht direkt betroffen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Südkoreas, Indonesiens und Malaysias hatten zunächst auch keinen Einfluß auf die chinesische Volkswirtschaft; ihr Wachstum blieb zunächst ungebrochen. Die für das Jahr 1998 vorgegebene Richtzahl von acht Prozent Wachstum wurde von den chinesischen Regierungsstellen als sicher erreichbar bezeichnet. Seit seiner Ernennung im März 1998 hat vor allem Ministerpräsident Zhu Rongji immer wieder betont, daß das Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft in den geplanten Bahnen sicher voranschreite. Wegen der glückbringenden Bedeutung der Zahl „Acht“ in der chinesischen Zahlenskala und im Volksaberglauben gewinnt das anvisierte Wirtschaftswachstum von acht Prozent einen besonderen Charakter. Die Bemühungen sind jedenfalls unverkennbar, im In- und Ausland Vertrauen in die chinesische Wirtschaft zu schaffen und zu erhalten.

Andererseits sind inzwischen Zeichen nicht zu übersehen, daß die Skepsis an dieser positiven Prognose wächst. Es ist schon ungewöhnlich, wenn chinesische Regierungsstellen versichern, daß die Skepsis des Auslandes bezüglich der Seriosität der statistischen Angaben staatlicher chinesischer Stellen nicht berechtigt sei. China werde sich nicht selbst und andere betrügen, und das oberste Gebot sei weiterhin, „die

Wahrheit in den Tatsachen zu suchen“. Während die Vorhersagen für das Gesamtwachstum der chinesischen Wirtschaft weiterhin mit acht Prozent Steigerung operieren, deuten andere statistische Angaben auf ein generelles Abnehmen der Industrieproduktion hin. Dies gilt z. B. für die Energieproduktion, wo über die Förderung von Kohle, Erdgas und Erdöl rückläufige Zahlen veröffentlicht werden. In die gleiche Richtung weist die Abnahme des Frachtvolumens von Gütern im Schienen-, Straßen- und Wasserverkehr, die durch die Abnahme des Außenhandels und der Exporte untermauert wird.

Offizielle Staatsorgane wie die amtliche Nachrichtenagentur „Neues China“ und die parteiamtliche „Volkszeitung“ veröffentlichen Beiträge von chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern, die die Frage des Wachstums relativieren, indem sie darauf aufmerksam machen, daß dieses allein nicht ausschlaggebend sei, da es oft nur zur Ankurbelung der Inflation führe. Ausländische Beobachter haben jedoch verstärkt Zweifel an der Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung der VR China, da die *Staatsverschuldung* dramatisch zugenommen hat, während das Investitionsvolumen ständig zurückgeht und viele Banken offensichtlich in Schwierigkeiten geraten sind. Der Zusammenbruch eines der größten chinesischen Investmenthäuser, der Guangdong International Trust and Investment Corporation (GITIC), im Januar 1999 hat das internationale Vertrauen in die Kreditwürdigkeit Chinas erschüttert und die Devisenmärkte verunsichert. Angesichts der überraschend großen Schulden der GITIC – genannt wird eine Summe von 4,3 Milliarden US-Dollar – hat der Ministerpräsident Zhu Rongji seine ursprünglich gegebene Zusage, daß ausländische Schuldner vorrangig berücksichtigt würden, zurückgezogen. In internationalen Finanzkreisen wird befürchtet, daß jetzt eine der „Asienkrise“ ähnliche „chinesische Krise“ ausbrechen könnte.

Religionsfreiheit bleibt auf die „offiziellen“ Kirchen beschränkt

Die staatlichen Wirtschaftsbetriebe sind seit längerer Zeit unrentabel, werden aber wegen der hohen Zahl der dort Beschäftigten immer noch mit Subventionen durchgeschleppt. Auch die bisher als stabil geltenden Privatbetriebe geraten in jüngster Zeit offensichtlich verstärkt in Schwierigkeiten. Welchen Einfluß auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der von der Regierung im Oktober 1998 verkündete Ausstieg der Armee und der bewaffneten Polizei aus Produktion und Handel haben wird, bleibt abzuwarten. Die Regierung sieht in dieser Maßnahme, die den wirtschaftlichen Einfluß des Militärs drastisch beschneiden soll, einen wichtigen Schritt im Kampf gegen die weitverbreitete Korruption. Im Januar 1998 hat der Direktor des Nationalen Büros für Religiöse Angelegenheiten, Ye Xiaowen, bei der 6. Vollversammlung des Nationalen Kongresses der katholischen Repräsen-

tantan in Beijing noch einmal die Grundzüge der gegenwärtigen Religionspolitik in der VR China umrissen. Dabei forderte er die katholischen Vertreter auf, sich in patriotischer Gesinnung weiterhin für eine „unabhängige, autonome und selbstverwaltete katholische Kirche in China“ einzusetzen, für eine Kirche, die ihre eigenen Entscheidungen treffe, was ausdrücklich die Wahl und Weihe von Bischöfen einschließe, und die nicht „durch auswärtige Mächte“ kontrolliert werde. Auch wenn er betonte, daß diese Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen in gleicher Weise für alle Religionen in China gelte, so ist doch offensichtlich, daß er mit Bezug auf die Katholiken die Bischofsernennungen durch den Papst als unzulässige Abhängigkeit von „äußeren Mächten“ ansieht. Wie eingeschränkt auf nationale Interessen die chinesische Kommunistische Partei und der Staat die Rolle aller Religionen sehen, wird deutlich, wenn Ye Xiaowen die Rolle jeder Religion dahingehend beschreibt, „daß sie die Gesetze zu befolgen, die Interessen des Volkes zu schützen und die Einheit des Landes zu bewahren“ habe. Die Befolgung aller staatlichen Gesetze und Vorschriften werde sicherstellen, daß die Ausübung religiöser Tätigkeit in Harmonie mit den anderen Sektoren der Gesellschaft geschehe und daß sie zum Wohl der ganzen Gesellschaft und des Volkes erfolge.

Ausdrücklich wandte er sich gegen die Bischöfe, Priester und Gläubigen in der *Untergrundkirche*, die sich in unpatriotischer Gesinnung gegen den sozialistischen Staat stellten und dringend der „Bekehrung“ bedürften, um zu verstehen, daß der Weg zum Sozialismus für alle in China verpflichtend sei, sie müßten einsehen, daß die „Liebe zum eigenen Land ebenso wie die Gottesliebe ein Gebot Gottes sei“. Die „kriminellen“ Aktivitäten dieser „kleinen Gruppe von Katholiken“ sollten von der großen Mehrheit der chinesischen Katholiken nicht länger hingenommen werden, weil dies ihren guten Ruf insgesamt beeinträchtigen könnte. Den in der offenen Kirche organisierten Katholiken sprach Ye das Recht zu, ihre religiösen Angelegenheiten im Rahmen der bestehenden Gesetze ausüben zu dürfen, sich auf dem Gebiet der Erziehung zu engagieren, soziale Dienste anzubieten und internationale Beziehungen zu entwickeln.

Diese Aussagen des gegenwärtig für die Religionspolitik in der VR China Verantwortlichen liegen im wesentlichen auf der Linie dessen, was in den letzten Jahren in China praktiziert worden ist. Religionsfreiheit ist danach auf diejenigen religiösen Aktivitäten begrenzt, die im Bereich der von der Regierung offiziell anerkannten kirchlichen oder religiösen Körperschaften stattfinden. Bei allen anderen religiösen Aktivitäten behält sich die Regierung vor, diese zu unterbinden und diejenigen, die sie durchführen, als „Kriminelle“ zu verhaften. Dies belegen die sich ständig wiederholenden Meldungen über die Verhaftungen von katholischen Priestern und protestantischen Pastoren, die als Mitglieder der Untergrundkirche bzw. von haus- oder freikirchlichen Gruppen Gottesdienste abgehalten haben, sowie die Verhängung von

Geldstrafen für einfache Gläubige, die daran teilgenommen haben. Auf der anderen Seite treffen alarmierende Meldungen nicht zu, daß die Religionsfreiheit in den letzten Jahren kontinuierlich eingeschränkt worden sei, wie dies z. B. der chinesische Dissident *Wei Jingsheng* kürzlich in der Zeitschrift *MenschenRechte* der Frankfurter Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte behauptet hat.

In einer Reaktion auf die Aussagen *Wei Jingsheng*s stellte *Roman Malek* SVD, Direktor der *Monumenta Serica*, fest, bei Abwägung aller Fakten sei festzuhalten, daß sich die Situation der Religionsfreiheit in China in den letzten Jahren verbessert habe. Diese Feststellung gelte ungeachtet der Tatsache, daß China immer noch weit von dem entfernt sei, was man normalerweise als Religionsfreiheit bezeichne (vgl. *China Heute* 17 [1998] 5, 114 f). Die chinesische Religionspolitik ist von zwei pragmatischen Einsichten geprägt: 1. Alle Anstrengungen, die Religionen in China auszurotten, sind fehlgeschlagen. Die Religionen sind da und werden bleiben. 2. Wenn man sie schon nicht zerstören kann, dann müssen sie mindestens unter der Kontrolle von Staat und Partei bleiben. Daraus folgt, daß die offen operierenden religiösen Gruppen eine gewisse Förderung erfahren, während illegale religiöse Organisationen verfolgt werden.

„Kulturchristen“ unter chinesischen Intellektuellen

In der akademischen Diskussion in China ist seit einiger Zeit von einem „Elite-Christentum“ der Intellektuellen die Rede, das sich erheblich vom „Volkschristentum“ im kirchlichen Alltag, vor allem auf dem Land, unterscheidet. Der chinesische Theologe und Religionswissenschaftler *Liu Xiaofeng*, der Direktor des Zentrums für Sino-Christliche Studien in Hongkong ist, und als Gastprofessor in der VR China u. a. an der Beida-Universität in Beijing unterrichtet, hat in diesem Zusammenhang von „Kulturchristen“ gesprochen. Es sind vor allem Intellektuelle, die auf der Suche nach Antworten auf die Herausforderungen der Modernisierung Chinas in der christlichen Philosophie und Theologie nach Ideen und Anregungen Ausschau halten, die für die kulturelle Entwicklung Chinas hilfreich sein könnten.

Diese Intellektuellen befassen sich mit dem Christentum aus der Sicht von Akademikern und sind meist nicht daran interessiert, sich persönlich durch die Taufe zum Glauben zu bekennen und am kirchlichen Leben teilzunehmen. Wie hoch ihre Zahl ist, läßt sich sehr schwer sagen. Sie finden sich in den Spezialinstituten für Religionsstudien und anderen akademischen Einrichtungen, auch in den Medien und unter Literaten. Angesichts der eklatanten Schwächen der theologischen Reflexion in den christlichen Kirchen und ihren Ausbildungsstätten für kirchliche Mitarbeiter bieten die meist staatlichen Institute weitgehend das einzige Forum, in dem für das Christentum in China wichtige grundsätzliche Fragen wissen-

schaftlich diskutiert werden. In dieser Situation liegen sicher Chancen, da eine Reihe der Mitarbeiter in diesen Institutionen sehr qualifiziert und dem Christentum gegenüber positiv eingestellt sind. Es bleibt allerdings problematisch, wenn sich in den Kirchen keine Gesprächspartner finden, die einen adäquaten Dialog mit ihnen führen können.

Aufgegriffen werden dagegen diese Impulse in den verschiedenen Instituten für das Studium der Weltreligionen in Beijing, Shanghai, Nanjing und Chengdu, um nur die wichtigsten zu nennen. In Beijing wurde Mitte 1998 ein neues „Zentrum für das Studium des Christentums“ eingerichtet, das die Zusammenarbeit mit örtlichen und internationalen Einrichtungen und Fachleuten koordinieren soll. Dieses neue Institut ist dem Institut für das Studium der Weltreligionen an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften angegliedert und wird vom neuen Direktor *Zhuo Xinping* geleitet. Zu den in Angriff genommenen Aufgaben gehört die Herausgabe der gesammelten Werke des berühmten Jesuitenmissionars *Matteo Ricci*, voraussichtlich elf Bände, sowie eine Buchreihe über die christliche Kultur und ein Lesebuch mit Beiträgen zeitgenössischer christlicher Theologen und Philosophen in chinesischer Übersetzung.

In Gesprächen mit Vertretern der *chinesischen protestantischen Kirche* geht es häufig um „fundamentalistische“ Bewegungen in den Kirchen, vor allem auf dem Lande als einer generellen Bedrohung des geregelten Lebens in den Kirchen und als Herausforderung für die staatlichen Stellen. Oft bleibt dabei unklar, was eigentlich unter „Fundamentalismus“ in diesem Zusammenhang verstanden wird. Verfolgt man die Debatte genauer, dann wird schnell deutlich, daß bei den als „fundamentalistisch“ beschriebenen Phänomenen und Praktiken wohl besser von „pietistischer“ Spiritualität und Frömmigkeit die Rede sein müßte.

Auch viele ausländische Besucher konnten die Beobachtung machen, daß sich in den jungen christlichen Gemeinden eine Form von Frömmigkeit herausgebildet hat, die geprägt ist von vielen Elementen einer einfachen Volksfrömmigkeit, die sich ausdrückt in einem evangelikal-biblischen Verständnis der Heiligen Schrift, die ohne große exegetischen Bemühungen seitens der meist theologisch nicht sehr solide ausgebildeten Pastoren als das unfehlbare Wort Gottes verkündet und geglaubt wird. Der unmittelbaren spirituellen Erfahrung wird größeres Gewicht als der rationalen theologischen Reflexion zugebilligt. Verbunden damit ist ein Glaube an die praktische Bedeutung des christlichen Glaubens, der sich als Heilskraft bei physischen Krankheiten bewährt hat, in seelischen und psychischen Schwierigkeiten weiterhilft und sich auch für den Erfolg im Alltag, konkret im wirtschaftlichen Fortkommen, als hilfreich erweist.

Dazu gehört auch das Bewußtsein, daß sich die Christen von ihrer Umgebung grundsätzlich unterscheiden, da sie in einer von Materialismus und Verderbtheit gekennzeichneten Ge-

sellschaft aufgerufen sind, Zeugnis für eine andere, bessere Gesellschaft abzulegen. Angesichts der Flutkatastrophen der jüngsten Zeit wird z. B. argumentiert, daß diese nicht nur durch die ökologischen Schäden verursacht worden seien, sondern zugleich auch Anzeichen göttlicher Strafe für die allgemeine Sündhaftigkeit, die Korruption und die Verfehlungen im Lande darstellen.

Diese Art Frömmigkeit, die sich stark auf den binnenkirchlichen Raum zurückzieht und auf Abstand zur sozialistischen Gesellschaft in der VR China geht, wird von der Führung der protestantischen Kirche mit Besorgnis gesehen. Diese Führungsschicht besteht im wesentlichen immer noch aus Personen, die schon vor der Kulturrevolution (1966–76) an führender Stelle tätig waren, die Zeit der Verfolgung durchgestanden haben und sich nach dem Beginn der Öffnungspolitik und der Revision der Religionspolitik für die Zusammenarbeit mit den Partei- und Regierungsorganisationen entschieden hatten. Ihnen ist es immer wichtig geblieben, daß die chinesischen Christen sich positiv am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft des „Neuen China“ beteiligen. Theologisch sind sie meist von einer eher liberalen Theologie geprägt, die Erscheinungen der Volksreligiosität und -frömmigkeit gegenüber gewisse Reserven hat.

Aus den Kreisen der „fundamentalistischen“ Christen, aber auch von Pastoren und an den kirchlichen Hochschulen tätigen Professoren müssen sie sich jetzt vorwerfen lassen, die jetzige Führung des Chinesischen Christenrates habe sich zu sehr der korrupten politischen Führerschaft angebediert, ja sei selber teilweise korrupt geworden und habe ihr prophetisches Zeugnis gegenüber den in Staat und Gesellschaft Mächtigen sträflich versäumt. *Edmond Tang*, China-Beauftragter des Kirchenrates für England und Irland, hat diesen Konflikt innerhalb des chinesischen Protestantismus als Auseinandersetzung zwischen einer „evangelikal Basis“ und einer „liberalen kirchlichen Führung“ bezeichnet.

In dieser Auseinandersetzung klingen Konflikte an, die in der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme 1949 geführt wurden, als es innerhalb der protestantischen Christenheit um die Frage der gesellschaftsverändernden Kraft des Evangeliums für die Realisierung einer idealen Gesellschaft ging. Die stürmische Zunahme der Zahl protestantischer Christen seit dem Ende der Kulturrevolution – heute wird ihre Zahl auf mindestens 15 Millionen, oft auch auf bedeutend mehr geschätzt – macht es der Kirchenleitung zunehmend schwieriger, den inneren Zusammenhalt sicherzustellen. Die Erwartung, daß aus dem sich selbst als „postdenominational“ bezeichnenden Chinesischen Christenrat in absehbarer Zeit eine überkonfessionelle Chinesische Protestantische Kirche entstehen würde, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr zeigt sich, daß einige der neuen, oft sehr charismatisch geprägten Gemeinden, die in den letzten Jahren entstanden sind, viele Merkmale der klassischen Sekten aufweisen und sich nur schwer im Verbund des Chinesischen

Christenrates halten lassen. In Kontakten mit chinesischen protestantischen Christen werden Stimmen laut, die ganz offen davon sprechen, daß es inzwischen de facto drei kirchliche Gruppierungen der Protestanten in der VR China gebe: Zunächst die unter der Führung des Chinesischen Christenrates und der Drei-Selbst-Bewegung – im Chinesischen als *li-anghui* (= die beiden kirchlichen Gremien) bezeichnet – zusammengeschlossenen Kirchen. In den Augen der Regierung sind sie die einzig legitime kirchliche Organisation, die berechtigt ist, mit Kirchen des Auslands Kontakte zu halten und z. B. die Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen wahrzunehmen.

Die zweite Gruppierung sind die traditionell als *Hauskirchen* bezeichneten losen Gruppen von protestantischen Christen. Im August 1998 haben erstmals zehn Leiter solcher Hauskirchen einen Appell an die Religionsbehörden gerichtet, in dem sie die offizielle Anerkennung als kirchliche Organisationen durch den Staat und ein Ende der Repressalien gegen sie einfordern. Das Dokument wurde in der Provinz Henan veröffentlicht, wo die Hauskirchen sehr stark vertreten sind. Die Unterzeichner des Appells gehören zu Hauskirchen, die charismatischer, pfingstlerischer, aber auch lutherischer und baptistischer Herkunft sind. Gegenüber den Regierungsstellen behaupten sie, daß sie bis zu achtmal mehr Mitglieder in ihren Reihen hätten als die offiziellen Kirchen des Christenrats. Die staatlichen Behörden haben inzwischen reagiert, aber nicht im Sinne der Bittsteller. Ende Oktober und Anfang November wurden in der Provinz Henan mehr als 140 Christen verhaftet, die in der Hauskirchenbewegung an führender Stelle tätig waren.

Verstärkte Anstrengungen für die Aus- und Weiterbildung

War bisher immer von einer Zweiteilung der Christen in die offizielle Kirche und die Hauskirchen auf der protestantischen Seite die Rede, so gibt es offensichtlich seit kurzem eine dritte Bewegung, die sich als *unabhängige Kirchen* versteht und keiner der bisher bestehenden Gruppen zugehören möchte. Den Kirchen im Chinesischen Christenrat werfen sie vor, daß diese die Drei-Selbst-Prinzipien (Selbstverwaltung, Selbsterhaltung und Selbstverbreitung) schon lange verraten hätten, weil ihre Einrichtungen und Institutionen weitgehend vom Staat finanziert würden. Bei den Anhängern der sogenannten unabhängigen Kirchen handelt es sich um Neuchristen, die theologisch nicht auf dem Boden der alten konfessionellen Kirchen stehen und sich ganz entschieden von der in ihren Augen korrupten Theologie des Christenrates absetzen.

Zahlenmäßige Angaben über die Stärke der verschiedenen Gruppen protestantischer Christen lassen sich nur sehr ungenau machen. Am ehesten verfügen die im Chinesischen Christenrat zusammengefaßten Kirchen über halbwegs verlässliche statistische Angaben. Bei den anderen Gruppierungen

wird man schon aus Sicherheitsgründen kein verlässliches Mitgliederverzeichnis finden.

In allen christlichen Kirchen in der VR China hat die *Ausbildung des kirchlichen Nachwuchses* hohe Priorität. Die theologische Ausbildung krankt zum einen daran, daß es sowohl in der katholischen wie auch in der protestantischen Kirche an qualifizierten Lehrern fehlt. Neben einigen wenigen alten Seminarprofessoren gibt es bisher nur wenige akademisch ausgebildete Nachwuchsprofessoren. Das akademische Niveau in den Priesterseminaren, theologischen Seminaren und in der bisher einzigen theologischen Hochschule an einer Universität der Protestanten in Nanjing ist entsprechend niedrig. Zu dieser eher strukturellen Schwäche kommt eine andere Herausforderung für eine theologisch qualifizierte Ausbildung aus den Reihen der potentiellen kirchlichen Mitarbeiter. Stärker als in den katholischen findet in den protestantischen Ausbildungsstätten und Gemeinden eine Diskussion über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer akademisch theologischen Ausbildung statt. Für die Bedürfnisse der Gemeinden, die sich zu weiten Teilen aus Konvertiten zusammensetzen, die in einer einfachen biblischen Frömmigkeit, durchsetzt mit vielen Elementen traditioneller Volksreligiosität, ihren Seelenfrieden gefunden haben, sind nach Meinung vieler keine Pfarrer oder Priester notwendig, die in der Theologie zu Hause sind. Nach Abschluß der theologischen Ausbildung zeigt sich beim Einsatz in der Arbeit in den Gemeinden dann oft, daß die kirchlichen Mitarbeiter nicht hinreichend auf die Anforderungen ihres Amtes vorbereitet sind.

Nicht nur rächen sich die Mängel der akademischen Ausbildung; viele kirchliche Mitarbeiter sind auch spirituell nicht ausreichend gefestigt, um mit den Herausforderungen der alltäglichen Seelsorgearbeit, der Einsamkeit des zölibatären Lebens bei katholischen Priestern, den Spannungen zwischen den Generationen, der finanziellen Unsicherheit der kirchlichen Beschäftigungsverhältnisse und den Verlockungen der stark an materiellem Fortkommen und Verdienst orientierten chinesischen Gesellschaft fertigwerden zu können.

Die Kirchenleitungen versuchen, hier Abhilfe zu schaffen und neue Formen der Weiterbildung zu entwickeln. Seitens der Kommission für Priesterausbildung in der offiziellen Chinesischen Bischofskonferenz wurde vom 7. Oktober bis 6. November 1998 ein nationales Seminar für Spirituale in den Priesterseminaren und Kleinseminaren in Wuchang in der Provinz Hebei durchgeführt. Das Seminar diente dem Erfahrungsaustausch und der Weiterbildung für die mit der spirituellen Ausbildung der Priesteramtskandidaten betrauten Spirituale. Zu diesem Schulungsseminar waren auch Priester aus Singapur, Frankreich, Hongkong und Südkorea eingeladen, um als Fachleute der chinesischen Kirche in dieser wichtigen Aufgabe Beistand zu leisten.

Das Seminar für die Spirituale war der Beginn einer Reihe von Maßnahmen, die bei der Vollversammlung der chinesi-

schen Katholiken im Januar 1998 beschlossen worden sind. Dort wurde die Notwendigkeit erkannt, die Ausbildung der Priester und kirchlichen Mitarbeiter zu verbessern, indem die vorhandenen Kapazitäten an Lehrpersonal und theologischen Textbüchern durch Kooperation und Regionalisierung verbessert und auf nationaler Ebene koordiniert werden. Zu diesem Zweck fand in Shanghai im August 1998 eine Konferenz für die Rektoren und Verantwortlichen in der Seminarerziehung statt. In der VR China unterhält die offizielle katholische Kirche gegenwärtig 12 Priesterseminare, 24 kleine Seminare und andere Ausbildungsstätten, an denen insgesamt 1900 Seminaristen studieren. Dies ist eine stolze Zahl, wenn man in Rechnung stellt, daß es gerade 16 Jahre her ist, daß das erste Priesterseminar in Shanghai wieder eröffnet werden konnte.

Eine andere wichtige Aufgabe ist die Wiedereingliederung der chinesischen Priester, die im Ausland eine theologische Zusatzausbildung bekommen haben. Die meisten von ihnen haben diese weiterführenden Studien unternommen, um als Professoren in den Priesterseminaren tätig zu werden. Sie tun sich aber oft sehr schwer, im Alltagsbetrieb der chinesischen Seminare und Ausbildungsstätten ihren Platz zu finden. Im

**Stelle
frei?**

**Stelle
gesucht?**

**Nutzen Sie den Internet-Stellenmarkt
der DKM für die katholische Kirche!**

DKM

DKM
DARLEHNSKASSE
MÜNSTER EG

Breul 26 · 48143 Münster

www.dkm.de

Juni 1998 veranstaltete die Chinesische Bischofskonferenz in Xian ein besonderes Seminar, an dem 13 Priester und Seminaristen teilnahmen, die in den USA, in Europa und auf den Philippinen studiert hatten.

Ein erster Schritt für katholische Sozialarbeit

Im September 1998 wurde die Errichtung einer katholischen Sozialstation in Shijiazhuang, der Hauptstadt der Hebei-Provinz, bekanntgegeben. Das katholische soziale Dienstleistungszentrum, das nach dem 1994 verstorbenen Bischof *Hou Jinde* von der Diözese Jingtai den Namen „Beifang-Jinde“ tragen wird, wurde offiziell vom Büro für Religiöse Angelegenheiten der Provinz Hebei anerkannt. Als Generalsekretär der neuen Sozialeinrichtung, die erste innerhalb der katholischen Kirche in China überhaupt, fungiert der Diözesanpriester *John Baptist Zhang*, der zugleich Direktor der Katholischen „Glaubenspresse“ (Faith Press), ebenfalls in Shijiazhuang, ist, die neben anderen Publikationen vierzehntägig eine Kirchenzeitung mit 40 000 Abonnenten herausbringt.

Die Idee für das Zentrum geht auf eine Initiative des verstorbenen Bischofs Hou zurück, der angesichts der Notsituation von Kindern in Schulen auf dem Land in der Hebei-Provinz Geld gesammelt hat, um diesen Kindern zu helfen. Aus dieser Initiative hat sich ein Förderkreis gebildet, der mit Unterstüt-

zung der katholischen Zeitung und anderer lokaler Zeitungen weiteres Geld zusammenbrachte. Die Kirchenleitung in der Hebei-Provinz hat dann beschlossen, diese Aktivitäten weiterzuentwickeln und ein eigenes katholisches Zentrum mit der Aufgabe zu gründen, humanitäre Hilfe für Katastrophenopfer zu leisten, soziale Entwicklung und Erziehung zu fördern, Dienste für Behinderte anzubieten und andere Hilfeleistungen zu erbringen.

Nachdem im Verbund mit der protestantischen Kirche die „Amity Stiftung“ schon seit Jahren im Bereich der ländlichen Entwicklung, des Gesundheitswesens und der Ausbildung sowie in der Katastrophenhilfe tätig ist, ist die Gründung dieses noch recht bescheidenen Zentrums für die katholische Kirche ein erster Schritt, auf dem Gebiet der Sozialarbeit wieder tätig zu werden. In der Volksrepublik China ist die Tätigkeit von Nicht-Regierungsorganisationen auf dem sozialen Sektor immer problematisch gewesen. Soziale Aktivitäten seitens der Kirche waren in der Vergangenheit immer dem Vorwurf ausgesetzt, es handle sich um verdeckte Missionsbemühungen, die nur zum Zweck des Proselytismus unternommen wurden. Es bleibt abzuwarten, wieweit der Spielraum für kirchliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erziehung, der Krankenfürsorge und in anderen sozialen Brennpunkten reicht, und ob die staatlichen Stellen das Monopol der sozialistischen Gesellschaft auf diese Dienstleistungen berührt sehen.

Georg Evers

Gemeinsamkeiten und Differenzen

Ein Brief von Eberhard Jüngel zum Rechtfertigungsstreit

Im Januarheft 1999 (S. 22–26) veröffentlichten wir einen Artikel des Tübinger Dogmatikers Bernd Jochen Hilberath zum neuen Buch von Eberhard Jüngel über die Rechtfertigung als Zentrum des christlichen Glaubens. Professor Jüngel hat darauf mit einem Brief an seinen katholischen Kollegen reagiert, den wir als Beitrag zur ökumenischen Diskussion gerne abdrucken.

Lieber Herr Kollege Hilberath!

Sie haben mir mit kollegialen Grüßen Ihre Besprechung meines Büchleins über das Evangelium von der Rechtfertigung des Gottlosen herübergereicht. Ich danke Ihnen für diese Zuwendung und bringe gern meine Freude darüber zum Ausdruck, daß die renommierte Herder Korrespondenz auf dieses mir wichtige kleine Werk in dieser Weise aufmerksam gemacht hat. Meinen Dank Ihnen gegenüber statte ich am besten dadurch ab, daß ich auf Ihre kritischen Bemerkungen zurück-

komme. Vielleicht wächst dadurch das Einverständnis, das zwischen uns in so hohem Maße vorhanden ist, noch mehr. Sie haben Ihre Besprechung zum Zwecke der „Verständigung unter Kollegen“ (HK, Januar 1999, 22) geschrieben. Und an der liegt auch mir, nicht zuletzt im Blick auf Sie. Und so habe ich denn nicht nur mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, in welchem hohem Maße wir im Blick auf den Rechtfertigungsartikel übereinstimmen, sondern auch mit der Bereitschaft zur Selbstkritik gelesen, was nach Ihrem Urteil an